

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 3-4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In völligem Gegensatz dazu ist der griechisch-türkische Krieg des Jahres 1922 das Schulbeispiel einer erfolgreichen kriegerischen Unternehmung aus jüngster Zeit, das alle diejenigen, die den Krieg grundsätzlich als untaugliches Mittel zum Zwecke bezeichnen, vollkommen widerlegt. Die kräftige Offensive der Türken warf die griechische Okkupationsarmee binnen kurzer Zeit aus Kleinasien hinaus und verwandelte ein mit Füßen getretenes Volk sozusagen auf einen Schlag in eine geachtete und gefürchtete Nation. Niemals hätte Kemal Pascha auch nur im entferntesten durch friedliche Unterhandlung (Anrufung des Völkerbundes oder dergleichen) das erreicht, was ihm ein kurzer Krieg mit verhältnismäßig wenig Opfern eingebracht hat. Es war ein Sieg, welcher der Mühe wert war, und niemand wird hier im Ernste vom Unsinn des Krieges reden wollen.

Diese Betrachtung zeigt uns, daß der Krieg, zu richtiger Zeit begonnen und unter kluger Berechnung des Einsatzes durchgeführt, auch heute noch der letzte Ausweg aus unhaltbarer Lage sein kann, wenn alle andern Mittel versagen.

Für uns Schweizer aber ergibt sich daraus die Notwendigkeit, unsere Landesverteidigung derart in Stand zu setzen, daß ein Angriff gegen unser Land sich für den Angreifer nicht lohnt und er es vorzieht, das Schwert in der Scheide zu lassen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Bedrohte Neutralität.

Neutralität — ein politisches Bekenntnis, das auf dem unerschütterlichen Willen ruht, sich nicht in fremde Händel einzumischen, als alleiniges staatspolitisches Ziel die Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes zu betrachten und sich niemals fremden Interessen zugänglich, willig oder gar dienstbar zu erweisen — Neutralität, für die Schweiz also das vollkommene, ja bewußt ängstliche Fernhalten von den machtpolitischen Interessen irgend eines fremden Staates, besonders der umliegenden — diese politische Grundlinie läßt sich dann am besten einhalten, wenn die Machtpositionen rings um uns annähernd gleichwertig sind oder sich, sei es durch Blockbildung oder Interessengruppierung, einigermaßen ausgleichen. Wo gleichwertige Machtpositionen vorhanden sind, werden die gegensätzlichen Interessen der betreffenden Gruppen, soweit sie zusammenstoßen, sich gewissermaßen neutralisieren, und damit ist von Anfang die Gefahr vermieden, daß das politische Interesse einer Macht oder einer Gruppe in seiner Machtwirkung überwiegend, herrschend sei. Wo aber die Machtposition einseitig stark oder gar absolut ausschlaggebend auf einen Staat beschränkt ist, wird auch die Belastung des Neutralen einseitig, weil sie des Ausgleiches ermangelt. Es ist das natürliche Streben des Mächtigen, alles in seine Interessensphäre einzubeziehen und, wenn ein machtpolitisch gleichwertiges Interesse als ausgleichende Kraft nicht vorhanden ist, kommt der Neutrale in Gefahr, dem übermächtigen Einfluß zu unterliegen und damit Neutralität, Unabhängigkeit und Existenz zu verlieren.

Aus diesem Grunde war seit 1815 die politische Lage der Schweiz immer dann am gesichertsten, wenn die gegensätzlichen Kräfte um uns sich machtpolitisch ausglich. Schließlich ist die Gesamtlinie unserer Politik, vor allem aber auch unser Wehrwesen, mehr oder weniger aufgebaut auf dieser Voraussetzung. Fällt sie dahin, so ist eine gewisse technische Umstellung einerseits erforderlich; vor allem aber ein in seiner Festigkeit bis zum Äußersten gesteigerter Wille des ganzen Volkes, die Neutralität, die innere wie die äußere, um den letzten Preis zu halten.

Bald jährt sich, zum zwanzigsten Male, der Tag des Kriegsausbruchs. Das machtpolitische Bild Europas entsprach damals, man kann wohl sagen durchaus, dem insbesondere von der britischen Politik folgerichtig erstrebten Ziel der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts. Nicht alle uns umgebenden Staaten konnten sich machtpolitisch gegenseitig die Waage halten — es zeigte sich im Kriegsverlauf bald, daß nicht überall innere Kraft äußerem Machtaufwand entsprach. Dafür schufen die damals bestehenden Blockbildungen einen Ausgleich derart, daß das Gleichgewicht der Kräfte lange Zeit annähernd gehalten wurde. Unsere Neutralität wurde damals durch die gleichmäßige Machtverteilung gewissermaßen unterstützt. Und wenn der Krieg uns verschonte, so ist dies nicht zum geringsten dieser politischen Machtlage zuzurechnen.

1919 und die folgenden Jahre haben eine grundlegende Verschiebung gebracht. Das Gleichgewicht besteht seitdem nicht mehr. Frankreich erlangte die Macht auf dem Kontinent. Als Tarnkappe diente — und dient heute mehr denn je — der Völkerbund. Haben die Kreise, die damals leidenschaftlich den Beitritt der Schweiz bekämpften, die Entwicklung nicht zu einem guten Teil richtig empfunden und vorausgesagt? Die Mehrheit des Volkes hat damals, wohl aus Idealismus, anders entschieden. Aber am 16. Mai 1920 ist ein Stück Neutralität abgesprungen.

Immerhin hat in den folgenden Jahren die britische Politik konsequent daran gearbeitet, Frankreich nicht allzu mächtig werden zu lassen. Der Erfolg war teilweise bescheiden, teilweise deutlich. Heute, vor allem seit einigen Wochen, ist von diesem Widerstand nichts mehr zu spüren. Die Abrüstungskonferenz ist tot. Von der Dreigliederung: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung sind die beiden äußeren Komponenten verschwunden. Geblieben ist die Politik der „Sicherheit“. Wohl noch nie ist ein Wort in seiner Bedeutung derart verkehrt worden! England hat den Widerstand aufgegeben. Es beginnt, resigniert, zu rüsten. Was aber die englische Politik bisher konsequent noch Frankreich verweigert hat, ist nun auch Tatsache geworden: England ist bereit, dem Ostpakt — zu Stresemanns Zeiten Ostlocarno — beizutreten. Das bedeutet die Garantie der Versailler Ostgrenzen. Das bedeutet die Isolierung Deutschlands. Das ist das Werk Louis Barthou's.

Louis Barthou ist kein Unbekannter. Sein Name bedeutet ein Programm. Er ist wohl eine der stärksten, wenn nicht die stärkste Persönlichkeit der nationalen Regierung Frankreichs. Louis Barthou ist in seiner eisernen Konsequenz Poincaré vergleichbar.

1913 war er, unter der Präsidentschaft Poincaré's, Ministerpräsident. Er hat damals den Widerstand der mächtigen Radikalen gegen die Armereform gebrochen und die dreijährige Dienstzeit eingeführt (es gibt Leute, die den Ausgang der Marneschlacht dieser Maßnahme zuschreiben). Er hat den Krieg kommen sehen. Barthou ist aber nicht nur rücksichtslos konsequent — er ist auch sehr geschickt. So verstand er mit den Parteien derart ausgezeichnet zu labieren, daß er — bis sein politisches Mandat erfüllt war — nach jedem Parlamentssturm wieder oben schwamm. Sein Ministerium hieß scherzhaft: „le ministère passe-barthou“.

Heute, 1934, ist Barthou wiederum an maßgebendster Stelle tätig. Und die Aktivität dieses erheblich über 70jährigen Mannes ist staunenswert. In den vergangenen, schicksalsschweren Wochen hat er die polnische Freundschaft neu befestigt — bemerkenswert ist allerdings dabei, daß dies notwendig erschien —, er hat die Kleine Entente fester denn je an sich gebunden, der Balkan hat ihn gefeiert wie einen König. Er hat Rußland seinem Blocksystem zum mindesten angenähert und hat endlich — nachdem der französische Generalstabschef Wehgang sich auf einem englischen Tankwagen hat photographieren lassen — England für den Ostpakt gewonnen. Als er nach der Durchfahrt durch Berlin gefragt wurde, was er mit dem ihn am Bahnhof begrüßenden deutschen Attaché gesprochen habe, erzählte er, er hätte seine stete Verehrung für Richard Wagner und die deutsche Literatur betont. Barthou redet in Berlin nicht mehr über Politik. Dieser Mann weiß, was er will. Er hat Frankreich, betrachtet man die Zeitspanne vom Kriegsende bis heute, auf den Zenith seiner Macht geführt.

Auch Deutschlands politische Aktivität ist in den letzten Wochen nicht gering gewesen. Aber der Erfolg ist ihr im wesentlichen versagt geblieben. Der persönlich Beauftragte Hitlers, Herr v. Ribbentrop, hat, soweit feststellbar, so gut wie nichts ausrichten können. Die Konferenz von Venedig blieb ohne entscheidende Auswirkung in außenpolitischer Beziehung. Der Faktor Österreich ist nach wie vor unsicher.

Die Zustimmung Englands zum Ostpakt hat Deutschland in eine ungünstige Lage gebracht. Seine Isolierung hat sich gesteigert. Aber es ist keine „splendid isolation“. Frankreich war seit 1914 nie so mächtig. Das europäische Gleichgewicht ist der Vorherrschaft Frankreichs nunmehr endgültig und wohl ohne — englischen — Vorbehalt gewichen.

Damit ist für die Schweiz und ihre Neutralität eine Zeit gekommen, die volle Wachsamkeit erheischt. Die Macht ist nun ausschließlich auf einer Seite. Ihre Ausstrahlungen müssen sich somit bei uns mehr und mehr bemerkbar machen. Dagegen hilft nur gesteigerter Wille zur Unabhängigkeit und unbedingte, äußere und innere Neutralität. Bezeichnenderweise beschäftigt man sich in Frankreich bereits recht häufig mit unserer Armee. Ich erinnere an die berühmt gewordene Nummer der „Illustration“ vom April 1934. In Frankreich erheben sich Stimmen, welche bereits den Anschluß der Schweiz an das französische Befestigungssystem verlangen. Der Plan eines deutschen Durchmarsches durch die Schweiz (sic!) und die verschiedensten Möglichkeiten, ihm zu begegnen, werden in der französischen Militärliteratur eifrig erwogen.

Doch die Schweiz hat keine Lust, das Schicksal Belgiens zu teilen und sich in den Rahmen französischer Machtpolitik einfügen zu lassen. Es wäre das Ende ihrer Existenz.

So erfordert denn heute, wo das Gleichgewicht durch Machtverlagerung nach einer Seite ersetzt ist — und wer möchte eine Änderung voraussagen? —, die Erhaltung unserer äußeren Neutralität größte Anstrengung des innerlich bereiten Volkes.

Dies ist aber nur möglich, wenn die Voraussetzung der äußern, die innere Neutralität, unversehrt bleibt. Die innere Neutralität bedeutet den festen Willen zu unbvoreingenommener Betrachtung und Beurteilung der Verhältnisse jenseits unserer Grenzen. Sie geht verloren, wo Animosität und Pharisäertum die Erkenntnis trüben. Und sie ist heute beinahe verloren in unserem Verhältnis zu Deutschland.

Wir haben keine Veranlassung, das politische System des Nationalsozialismus zu verteidigen. Für uns in der Schweiz ist und bleibt allein das Prinzip der Demokratie maßgebend, das vielleicht in äußeren Formen, nicht aber in seinem letzten, reinen Gedanken, Kompromisse kennt. Seit dem 30. Januar 1933 hat sich Deutschland dem Nationalsozialismus zugewandt; seit dem 30. Juni 1934 der ab-

soluten Diktatur seines Führers. Die politischen Systeme der beiden Länder sind also grundverschieden geworden.

Wir haben gewiß das Recht, objektive Kritik zu üben. Und wir tun dies auch. Aber wir haben nicht das Recht, das deutsche Volk mit Schmutz zu bewerfen, weil es sich erlaubt hat, ein uns fremdes politisches Gewand anzulegen, das uns nicht passen würde. Und da wird nun viel gesündigt. Philister und Pharisäer feiern Orgien. Vor Überlegenheit und Einbildung ob unserem demokratischen System triefend, erzählen gewisse Blätter dem Leser tagaus, tagein von der Fluchwürdigkeit des Nationalsozialismus. So wird das Volk in eine Stimmung getrieben, die nicht anders als deutschfeindlich genannt werden kann und bei der man deshalb innere Neutralität vergeblich sucht.

Der politische Lehramtskandidat ist keine sympatische Figur. Ist die bei uns geübte Demokratie, sind unsere politischen Einrichtungen denn wirklich so überlegend, daß wir in lehrerhafter Weise andern Völkern Instruktionen zu erteilen hätten? Wer — begründet — den Nationalsozialismus kritisiert, darf gerechterweise dem Hörer oder Leser nicht verschweigen, daß dieser „Umbruch“ schließlich nicht ganz von ungefähr über das deutsche Volk gekommen ist. Und das Bemerkenswerte dabei ist, daß die unmittelbare Veranlassung des Sieges der Bewegung gerade das Versagen der Demokratie gewesen ist — allerdings einer falsch verstandenen und in mancher Hinsicht korrupten. Es wäre wohl die Pflicht unserer Presse, im Interesse der inneren Neutralität nicht nur zu kritisieren, sondern auch Verständnis zu wecken. Verständnis dafür, daß dieser Umsturz mittelbar zu einem Teil nichts anderes war, als die Auswirkung einer grenzenlosen Verzweiflung dieses Volkes, das durch den Krieg beinahe ausgehungert, durch die Inflation in großen Teilen moralisch ruiniert, in einen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Krisenzustand geraten ist, von dem sich der Schweizer im allgemeinen keinen Begriff macht. Im Sinne einer wahren Neutralität liegt es, auch dies nicht zu vergessen und einem Volke, das so Schweres erlebt hat, die Achtung zu bezeugen, die es verdient, auch wenn es ein politisches System gewählt hat, das wir für uns ablehnen. Außerdem ist nicht zu übersehen, daß der Nationalsozialismus in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Herrschaft auf vielen Gebieten bereits Außerordentliches geleistet hat, wie z. B. in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in sozialer Beziehung.

Der 30. Juni 1934 hat die Situation womöglich noch verschlimmert. Vieles dabei ist uns unverständlich; es ist ein dunkler Tag in der deutschen Geschichte, an dem die primitivsten Rechtsgarantien beiseite geschoben wurden und eine Gewalt von oben ausgeübt wurde, wie sie die Geschichte selten gekannt hat. Doch ist es auch diesen Ereignissen gegenüber unsere Pflicht, die Neutralität in der Beurteilung zu wahren und den Boden objektiver Kritik nicht zu verlassen.

Leider aber ist durch die systematische Hege und subjektive Berichterstattung einer gewissen Presse — keineswegs der gesamten — im Volke eine Stimmung erzeugt worden, welche die innere Neutralität ernstlich in Frage stellt. In Verbindung mit der Bedrohung der äußern Neutralität liegt darin eine sehr ernste Gefahr.

Nur der feste Wille, unsere U n a b h ä n g i g k e i t nach allen Seiten zu bewahren und das Bestreben, unsere innere Neutralität als Grundlage der äußern durch Selbstdisziplin zu erhalten, kann die vorhandene Bedrohung unserer Existenz abwehren.

J a n n v. S p r e c h e r.

Wo steht heute das Deutsche Reich?

Vorkriegsdeutschland. / Nachkriegsdeutschland. / Das Dritte Reich. / Ausblick.

Als im August 1914 die acht deutschen Armeen zum entscheidenden Waffengang des beginnenden Weltkrieges antraten, stand das Deutsche Reich nach einem halben Jahrhundert einheitlicher Zusammenfassung und ruhiger Entwicklung in jeder Beziehung gefestigt und mächtig da. Mit seinen 67 Millionen Einwohnern, mit seiner allseits bestaunten Armee, mit seiner von Tirpitz in erstaunlichem Tempo geschaffenen Flotte, mit seinen gesunden Finanzen und seiner rasch aufsteigenden Wirtschaft stand Vorkriegsdeutschland in der ersten Reihe der Mächte dieser Welt. Die Kolonien in Afrika, Asien und Australien befanden sich in rascher Entwicklung. Über die ganze Welt hin gewährte die deutsche Flagge ihren Angehörigen sichern Schutz. In Europa bestand noch der von Bismarck geschmiedete Dreibund, wenn auch dessen drittes Glied, Italien, längst kein zuverlässiger Bundesgenosse mehr war. Außerdem aber gab es auf dem Balkan politische Außenstellungen, deren Wert schwer einzuschätzen war, von denen man aber doch etwas erhoffen durfte. So konnte man schon behaupten, daß die Einigung des Hauptteiles der Deutschen durch Bismarck bereits reiche Früchte getragen hatte und eine noch reichere Ernte versprach.

Freilich fehlten bei diesem kraftstrotzenden Gebilde auch die Schattenseiten nicht. Die lange Friedenszeit im Gefühle sorgloser Sicherheit und der mit gewaltigen Umwälzungen verbundene wirtschaftliche Aufstieg hatte das innere Gefüge des Reiches nicht gerade gefestigt. Die Sozialdemokratie mit ihrer in Deutschland am stärksten ausgeprägten internationalen und militärfeindlichen Haltung war allmählich zur stärksten Partei herangewachsen, während die bürgerlichen Gruppen in voller Uneinigkeit und Zerspaltung dastanden. Die außenpolitische Stellung war in den zwei Jahrzehnten seit dem Abgange Bismarcks immer schwächer geworden und Deutschland sah sich jetzt zusammen mit seinem österreichischen Bundesgenossen ringsum von Feinden umgeben. Kaum jemand aber war sich des Ernstes dieser Lage bewußt; sonst hätte man sicher die Kräfte des Reiches für das Wehrwesen in ganz anderer Weise ausgenützt, als das wirklich geschehen ist. Diese mangelnde politische Voraussicht und Sorglosigkeit hatte zweifellos die Stellung des Reiches für künftige Auseinandersetzungen bereits ungünstig beeinflusst, ohne sie aber wirklich gefährlich gemacht zu haben.

Einigermassen gesichert war auch die Lage des gesamten deutschen Kulturkreises. Die Masse aller Deutschen war im Reiche zusammengefaßt. Abseits davon gingen die Deutschschweizer ihren eigenen gedeihlichen Weg. Daneben gab es in dem mit dem deutschen Reiche eng verbündeten Österreich-Ungarn 10 Millionen Deutsche, die sich zwar in hartem Kampfe ihrer Haut gegenüber dem wuchtig aufstrebenden Nationalismus der andern Völker der Monarchie wehren mußten, die sich aber doch im großen Ganzen auch in einer befriedigenden Lage sahen. Was an deutschen Volksplittern darüber hinaus in Rußland und in Übersee saß, konnte ebenfalls ziemlich ungeschoren seine Art und Kultur pflegen. Der deutsche Kulturfluß aber war im Stande, so ziemlich überall in der Welt den Wettbewerb mit dem französischen und dem angelsächsischen Volkstum aufzunehmen.



Fünf Jahre später, nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, stand das Deutsche Reich vollkommen wehrlos und zerschlagen da. Ganze Provinzen im Westen, im Osten und im Norden waren gewaltsam abgetrennt worden, sodaß dadurch und durch die schweren Kriegsverluste die Bevölkerung des Reiches auf 60 Millionen gesunken war. Die deutsche Wehrmacht war bis auf kärgliche Reste beseitigt. Die Flotte war beinahe verschwunden. Insgesamt zählte das Reich als Machtfaktor nicht mehr. Der Wohlstand des Volkes war durch den

Krieg völlig zerrüttet und ging im Währungsverfall der im Schatten des Friedens von Versailles stehenden Nachkriegsjahre gänzlich zugrunde. Die deutsche Wirtschaft war aufs Äußerste geschwächt und zudem durch zahlreiche Bestimmungen der Friedensverträge weiter belastet und benachteiligt. Es mußte völlig fraglich erscheinen, ob dieser Staat die Kraft zu einem neuen Aufstieg wieder aufbringen könnte.

Erschwerend wirkte nach der gelungenen Revolution und der Beseitigung der Monarchie die völlige innere Zerrissenheit des Volkes. Millionen von Flüchtlingen aus aller Welt strömten im Lande zusammen und brachten die Verzweiflung über eine völlig vernichtete Existenz mit sich. Andere Millionen waren durch den Krieg aus jeder geregelten Tätigkeit herausgerissen und für eine friedliche Aufbauarbeit schwer brauchbar geworden. Verzweiflung über das eigene Schicksal, Verzweiflung über das Schicksal des gesamten Reiches ließen große Massen die leichte Beute der extremen politischen Richtungen werden. Streik und bewaffneter Aufruhr durchzogen in unaufhörlicher Kette das ganze Land. Das innerpolitische Leben war ein Chaos und wurde es immer mehr.

Ebenso schwierig war die außenpolitische Lage. Im Norden und Osten mußte in großen Abstimmungen um das Schicksal weiter Landesteile gekämpft werden. Im Westen standen die Sieger auf viele Jahre hinaus im Rheinland und Frankreich arbeitete emsig an der Verwirklichung seines Plans zur Lösung des ganzen deutschen Westens vom Reich und zu seiner Unterwerfung und Einverleibung in das gewaltige französische Machtgebäude. Diesen Bestrebungen gegenüber war das Reich sozusagen wehrlos. Machtmittel besaß es nicht, Freunde hatte es nach der völligen Zerschlagung der Bundesgenossen des Weltkrieges auf der ganzen Welt keine mehr. Ja, es behielt nicht einmal das Recht, bei der Entscheidung über das eigene Schicksal mitzusprechen und an den politischen Verhandlungen der Welt teilzunehmen.

Ebenso traurig sah es mit der Geltung und Stellung des gesamten deutschen Kulturkreises aus. Von allen seinen Teilgebieten war nur die deutsche Schweiz ungeschoren durch den Weltkrieg gekommen. Dessen Ausgang hatte fast 15 Millionen Deutschsprechende außerhalb der Reichsgrenzen gelassen. Von ihnen waren nur 6 Millionen in einem eigenen Staat zusammengefaßt, in Österreich, der in jeder Beziehung noch viel trauriger gestellt war als das Deutsche Reich selbst. Der Rest aber war an Frankreich, an Belgien, an Dänemark, an Italien und vor allem an die vielen neu entstandenen Staaten im nahen Osten gefallen. Hier wiesen Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien und Rumänien deutsche Minderheiten von einigen Zehntausenden bis zu mehreren Millionen auf. In allen diesen fremden Staaten sah sich das deutsche Volkstum von dem angriffslustigen Nationalismus der fremden Staatsvölker zu einem Kampf auf Leben und Tod gezwungen. Überall mußte sich das deutsche Volkstum für seine einfachsten Rechte aufs Äußerste wehren und überall wurden ihm in kurzer Zeit die schwersten Wunden geschlagen. Riesengroß stand das Minderheitenproblem nun vor dem gesamten deutschen Volk. Von der deutschen kulturellen Geltung in der gesamten Welt aber waren nur noch spärliche Trümmer vorhanden, von denen man überhaupt nicht sagen konnte, ob mit ihnen ein Neuaufbau lohnend, ja überhaupt möglich sei.

In dieser wahrhaft verzweifeltsten Lage wuchsen jedoch aus dem Volke neue wichtige und tragfähige Kräfte hervor, die es gestatteten, den Kampf gegen das überwältigende Unheil mit Erfolg aufzunehmen. Es gelang allmählich, an den Grenzen Ordnung zu machen. Die Abstimmungskämpfe wurden mit einem befriedigenden Ergebnis durchgeföhrt, der französische Anschlag auf den deutschen Westen brach zusammen. Die unerträgliche Einmischung des Auslandes auf alle deutschen Angelegenheiten wurde im Wesentlichen abgebaut. Langsam besserte sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage nach dem völligen Zusammenbruch des

Währungsverfalls. Rasch wurde die innere Ordnung wieder hergestellt, wenn auch die völlige Zersetzung des politischen Lebens blieb. Langsam, ganz langsam gewann das Deutsche Reich auch wieder eine gewisse außenpolitische Bewegungsmöglichkeit. Kurz, in einem Jahrzehnt nach dem Versailler Frieden rappelte das Deutsche Reich sich wieder zusammen, zeigte ganz gewaltige Lebensenergien und wurde allmählich wieder zu einem Faktor, mit dem man nun wieder rechnen mußte.

Das aber gefiel diesem „man“, nämlich den Franzosen, durchaus nicht. Nicht einmal das Bewußtsein der überwältigenden eigenen Machtstellung, gestützt auf die größte Armee der Welt und auf das umfassende Bündnisystem, ließ Paris die Tatsache ruhig hinnehmen, daß Deutschland wieder selbständig wurde. Man setzte deshalb den umfassenden Angriff auf Deutschland an. Frankreich suchte das Deutsche Reich in immer neuen feierlichen Verträgen festzulegen. Es versuchte unermüdlich, auf dem Wege über die sog. Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes die neu-entstehende deutsche Wehrmacht unwirksam zu gestalten. Man empfand vor allem das Deutschland gerade durch Frankreich aufgezwungene kleine Berufsarmee als höchst bedrohlich und ebenso die deutsche Fliegerei. Abgesehen von diesen diplomatischen Manövern aber holte man auch zu empfindlichen Schlägen gegen die deutsche Währung aus und nicht ohne Erfolg. Dazu kam nun aber als mächtiger Bundesgenosse die allgemeine Wirtschaftskrise, die das Elend in Deutschland lawinenartig anschwellen ließ. Beinahe 6 Millionen Arbeitslose im Land, den wirtschaftlichen Zusammenbruch vor Augen, den außenpolitischen Druck ständig spürend, so war die Lage beschaffen, die das Dritte Reich entstehen ließ.

* * *

Aus zwei Quellen hat der Nationalsozialismus seine Kraft gezogen, wie das schon sein Name besagt: Aus der Verzweiflung über das nationale Unglück und den ständigen feindlichen Druck und aus der Unzufriedenheit über die völlig zerrütteten sozialen Verhältnisse und den innerpolitischen Wirrwarr. Die nationale Idee ermöglichte ihm die Gewinnung eines großen Teiles des gebildeten Mittelstandes und das Zusammengehen mit allen bewußt nationalen Teilen des Volkes. Die soziale Idee gestattete die Gewinnung der breiten Bauernmassen und einen tiefen Einbruch in die Arbeiterschaft. Ein mehr als zwölfjähriger Kampf aber gestattete es der Bewegung, auszureifen und sich einen unbedingt zuverlässigen Kern zu schaffen. Die vielen Rückschläge und langen Geduldsproben haben dabei viel Spreu abgefondert.

Erstaunlich war es nun, den unaufhaltsamen Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung etwa seit dem Jahre 1929 zu verfolgen. Unverkennbar trug sie in erster Linie die gewaltige Woge der Krise hoch, zugleich aber auch das Scheitern aller übrigen Parteien in der Leitung des Staates. Nachdem auch der Versuch Brünnings und damit die bisher ernsthafteste Anstrengung der Reichsführung zur Überwindung des Chaos mißglückt war, sahen die Massen nun nur noch auf Hitler als letzte Hoffnung. So erhielt schließlich der Nationalsozialismus durch das Zusammengehen mit der nationalen Rechten die große Chance, auf durchaus legalem Wege zur Macht zu gelangen. Die sogenannte nationalsozialistische Revolution ist denn auch nur die überstürzte und mehr oder minder gewaltsame Ausnützung dieser legalen Tatsache gewesen gemäß dem Totalitätsanspruch der Partei. Im großen Ganzen aber vollzog sich ja diese Machtergreifung durch Hitler und den Nationalsozialismus reibungsloser und ruhiger als man nach all dem, was Deutschland hinter sich hatte, je hätte erwarten können. Und nun mußte die Bewegung zeigen, was sie leisten konnte.

Natürlich ist es heute, noch nicht anderthalb Jahre nach der Geburt des Dritten Reiches, völlig verfrüht, über die Leistung der nationalsozialistischen Machthaber und der Bewegung überhaupt irgendwie abschließend urteilen zu wollen. Aber immerhin liegt mancherlei klar, sodaß ein vorsichtiges Urteil gewagt werden kann.

Was bisher der Nationalsozialismus geleistet hat, betrifft in erster Linie den innerpolitischen Bereich. Alles geht hier darauf aus, das Volk wieder zu einer Einheit zusammenzuschmieden, zu einer Einheit, die dann auch nach Außen geschlossen zur Geltung gebracht werden kann. Deshalb die Beseitigung der Parteien und die Gleichschaltung der wichtigen und unwichtigen Verbände. Deshalb die Beseitigung der Parlamente und die Zusammenfassung der Macht und auch der Verantwortung bei den „Führern“. Deshalb die Zusammenfassung der staatlichen Macht beim Reich. Dadurch sollen alte partikularistische Hindernisse der deutschen Politik weggeräumt werden; es ist aber einstweilen noch unklar, wie den tief verwurzelten Bestrebungen nach Eigenleben der Stämme im Rahmen des Reiches Rechnung getragen werden soll. Durch all diese Maßnahmen ist der innerpolitische Aufbau des Reiches von Grund auf geändert worden, trotzdem die ganze staatliche Maschinerie im großen Ganzen erhalten geblieben ist. Hitler hat nun die Möglichkeit, jederzeit und überall durchgreifend aufzutreten.

Demselben Zweck dienen alle die verschiedenen Bestrebungen zur Bildung einer einheitlichen öffentlichen Meinung: Die Gleichschaltung der Presse, die zielbewußte Verwendung des Rundfunks, die großen Propagandaseldzüge, die Schulung der Parteitruppen wie SA. und SS., des Arbeitsdienstes und der Arbeitsfront, die Erziehung der Jugend in Schule und in Verbänden wie die Hitlerjugend. Aus allen diesen Quellen ergießt sich insgesamt ein Strom von suggestiver Kraft über das ganze Volk.

Und wiederum demselben Zweck dient schließlich die Sozialpolitik der Nationalsozialisten: Der mit Schwung und Energie geführte Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die planmäßige Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten, der gewaltige Ausbau des Arbeitsdienstes, die Arbeitsdienstpflicht der Studenten, das Landjahr der Stadtjugend, die Fahrten der Arbeiterschaft aufs Land, ja übers Meer usw. usw. Überall findet sich einmal der Gedanke, daß möglichst jeder Volksgenosse Arbeit und ein gewisses Mindesteinkommen erhalten soll, ferner der Wille, die Massen wieder an geregelte Arbeit, an Disziplin und ans Einfügen in die Gesamtheit zu gewöhnen und schließlich der leidenschaftliche Wille, alle Klassen des Volkes einander wieder näher zu bringen und bei ihnen allen das Gefühl der unausweichlichen Schicksalsverbundenheit des gesamten Volkes zu wecken.

All das wird in einer Stimmung durchgeführt, die durchaus von dem Ernste einer schweren Zeit und von der Erwartung schwerer Zukunftsaufgaben getragen wird. Man kann nicht behaupten, daß dabei unnötige Umwege gemacht oder besondere Rücksichten auf mancherlei Stimmungen und Verhältnisse genommen würden. Es wird verfügt und befohlen und jedermann hat zu gehorchen und ohne Zaudern zu marschieren. Das ist sicher für die Einzelpersonlichkeit kein angenehmer Zustand und er kann nur ertragen werden im Gedanken an eine gemeinsame große Aufgabe. Eine harte Zeit stellt harte Anforderungen, über die nur der Glaube an die Zukunft und die Hingebung an eine Sache hinweghelfen kann.

Das ist in kurzen Zügen der Inhalt der Innenpolitik des Nationalsozialismus. Damit ist zweifellos die äußere Einheit des deutschen Reiches erreicht worden. Die Form ist geschaffen, das sieht man. Wie weit nun diese Form vom entsprechenden und notwendigen Geist und der unentbehrlichen Begeisterung erfüllt ist, das läßt sich schwer sagen. Zweifellos haben die großen Erfolge der Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und viele andere wirkliche Fortschritte die Stimmung im Volke mächtig gehoben. Zweifelhaft bleibt nur, ob diese Stimmung auch den mancherlei negativen Einflüssen auf die Dauer immer standhalten wird.

Denn das ist klar genug, daß solche Verlustpunkte in reicher Zahl vorhanden sind: Die Reibungen bei den gewaltigen Umstellungen, die Verbitterung aus dem Beiseitestellen noch leistungsfähiger Kräfte, die Wahl falscher Persönlichkeiten in Führerstellen, die Verletzung unendlich vieler überlieferter Einzelrechte, der harte

Zwang gegenüber der Einzelpersonlichkeit, die merkwürdige Kirchenpolitik. Manche von diesen Dingen sind unvermeidbare Begleiterscheinungen jeder Zeit des Umbruchs, manche andere hätten sich vielleicht vermeiden lassen. Und dazu kommen nun all die für den Augenblick unsichtbar gewordenen, aber sicher irgendwo doch noch vorhandenen Mächte der Vergangenheit: Kommunismus und Sozialismus, Liberalismus und politischer Katholizismus, monarchischer Gedanke und Partikularismus. Alle diese Verlustposten für das nationalsozialistische Regime sind zweifellos vorhanden. Aber sie können alle zusammen doch die Tatsache nicht beseitigen, daß der Nationalsozialismus in der Innenpolitik gewaltige Leistungen vollbracht hat und Herr der Lage geworden und geblieben ist!

Über all dieser fieberhaften und zweifellos zielsicheren innerpolitischen Arbeit ist die Außenpolitik recht kurz weggekommen. Eine Zeit lang hat der Umschwung in Deutschland im Auslande tiefen Eindruck gemacht und viele Versuche zur Nachahmung veranlaßt. Dann aber kam ein Stimmungsumschwung, bei dem die durch die deutsche Umwälzung getroffenen politischen Lager nicht nur Deutschlands, sondern auch des gesamten Auslandes, ferner die durch die deutsche Kirchenpolitik in ihrem vielfach unverständlichen Kurs getroffenen religiösen Gruppen und schließlich, aber nicht zuletzt, die vom Antisemitismus des Nationalsozialismus bis aufs Blut gereizten Juden getreulich zusammenarbeiteten. Das Ergebnis war ein Anschwellen der deutschfeindlichen Stimmungen in der ganzen Welt. Ihre Ausnützung haben sich die politischen Widersacher Deutschlands nicht entgehen lassen, Frankreich selbstverständlich an der Spitze. Die außenpolitische Isolierung Deutschlands, die seit dem Ausgange des Weltkrieges immer bestand, hat sich eher noch verschärft. Die politische Abwehr gegen Deutschland ist umso betonter geworden, je mehr man im Geheimen doch vor der vermutlichen Leistungsfähigkeit des Dritten Reiches Respekt hatte. Darüber kann auch das zeitweilige Liebesverhältnis mit Italien nicht hinwegtäuschen. So ist sicher die außenpolitische Lage des Dritten Reiches nicht glänzend, aber um der Wahrheit willen muß man hinzufügen, daß diese außenpolitische Stellung auch vor der Machtergreifung Hitlers fast genau so schlecht war.

Am stärksten hat sich sowohl das Überwiegen der Interessen der deutschen Innenpolitik über diejenigen der Außenpolitik, wie auch die neue deutschfeindliche Welle in der Welt auf das Schicksal der außerhalb der Reichsgrenzen auf sich gestellten Teile des deutschen Kulturgebietes ausgewirkt. Man denke an die Verhältnisse in Österreich und an die Lage im Saargebiet. Aber auch sonst sind überall in den deutschen Volksgruppen im Ausland einmal innere Schwierigkeiten durch die Stellungnahme für und gegen den Nationalsozialismus entstanden, und es sind außerdem fast überall gegen sie scharfe Unterdrückungsmaßnahmen der fremden Regierungen erfolgt. Am schlimmsten geht es in der Tschechoslowakei, gut eigentlich nirgends. Diese Rückwirkungen machen sich ja sogar in erheblichem Maße in dem selbständigsten Teil des deutschen Kulturkreises geltend, in der deutschen Schweiz. Auf der ganzen Linie ist so die Stellung der deutschen Kultur außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches schwieriger geworden.

* * *

Nun hat sich seit dem 30. Juni schlagartig für das Dritte Reich die erste große Belastungsprobe ergeben. Die aus den Lastposten des ersten Jahres allmählich zusammengeballten Schwierigkeiten haben urplötzlich zu einer Entladung geführt. Die Ursachen der Ereignisse liegen zum größten Teil in den mit dem restlosen Führersystem verbundenen Gefahren, zum andern Teil in mancherlei einzelnen Reibungspunkten der nationalsozialistischen Innenpolitik. Daß die Veranlassung zu den dramatischen Geschehnissen ernster Art war, daran zweifelt niemand, der den Ton der Rede Hitlers selbst gehört hat. Was aber wirklich vorgegangen ist, das ist heute im Ausland nicht mit Sicherheit zu sagen.

Hitler ist auf jeden Fall der Ereignisse Herr geworden. Sein Vorgehen aber ist in der deutschen Geschichte bisher noch nie dagewesen und wir hoffen, daß es auch nicht so bald wiederkehren wird. Die ganze Art des Vorgehens, die von Hitler selbst in seiner Rede beklagten Härten und Fehlgriffe werfen Schatten, die ein neuer und durchschlagender Erfolg der Staatsführung Hitlers wohl überdecken, aber nicht so bald vergessen machen kann. Diese Feststellung hat mit der Frage, wie weit die Opfer der Ereignisse Mitleid verdienen oder nicht, kaum etwas zu tun; sie entspringt lediglich der Tatsache, daß die meisten Menschen in einem, wenn auch abgekürzten und summarischen Rechtsverfahren doch den unentbehrlichen Schutz des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft sehen!

Die Ereignisse in Deutschland und noch mehr das nach der ersten Redseligkeit fast zwei Wochen andauernde Verstummen der deutschen amtlichen Stellen haben nun all den seit langem mobil gewordenen antideutschen und antinationalsozialistischen Kräften Gelegenheit zu einem Kesseltreiben gegeben, wie es noch kaum je dagewesen ist. Man hat selbst bei uns in der Schweiz feststellen können, daß jede Nachricht über die deutschen Ereignisse kritiklos weitergegeben wurde, auch wenn sie von Moskau oder ähnlich trüber Quelle kam. Man hat beobachten können, daß man sich nicht einmal mehr die Mühe nahm, Richtigstellungen von Falschmeldungen zu veröffentlichen! Diese wahre Sturmflut hat allenthalben ihre Wirkung getan und außenpolitisch Deutschland noch viel, viel stärker isoliert, als das bisher der Fall war.

Damit steht nun das Dritte Reich sowohl innenpolitisch wie außenpolitisch vor schwersten Aufgaben. Innenpolitisch muß der Stimmungsrückschlag ausgeglichen werden, um für die großen, der Lösung harrenden Fragen die nötige Stoßkraft zu gewinnen. Außenpolitisch gilt es, im Augenblick stärkster Vereinsamung der gerade jetzt besonders rührigen französischen Politik die Spitze zu bieten. Und schließlich, und das ist wohl das Schwerste und das Entscheidende, handelt es sich darum, weiter der Arbeitslosigkeit im Innern Herr zu werden und zugleich die durch die ungünstige Entwicklung des Außenhandels äußerst ernst gewordene Finanzlage auszugleichen. Das ist wahrlich Arbeit für einen wirklichen Führer!

U a r a u, den 16. Juni 1934.

S e k t o r A m m a n n.

Österreichischer Brief.

Von unserem * * Wiener Mitarbeiter.

Der Schützengrabenkrieg in Österreich dauert an. Jede der Gruppen setzt ihr Äußerstes ein, dem Gegner die Überzeugung von der Uneinnehmbarkeit ihrer Stellung beizubringen. Dabei herrscht weitgehend Unklarheit über die wirklichen Kräfte, die durch die verwirrenden, oft widerspruchsvollen Teilaktionen und die mannigfache Verfehlung der Fronten verschleiert erscheinen und leicht über die wahre Lage hinwegtäuschen. Gerade dieses Hin und Her bietet aber den um die „Unabhängigkeit“ Österreichs so besorgten Nachbarn willkommenen Anlaß, auch ihrerseits die Hände im Spiel zu halten und im kleineren Raume die eigenen größeren Ziele möglichst unerkannt zu fördern.

Dies ist in wenigen Worten das Wesen der innen- und außenpolitischen Vorgänge in Österreich, die sich für den Bewohner des Staates in einer kaum erträglichen Unsicherheit aller Verhältnisse kund tun, gleichgültig, in welchem Lager er sich findet. Die Regierung ist zwar unbestreitbar auf Grund ihrer Bajonette Herrin der Lage im Lande, — aber sie darf diese Bajonette nur verwenden, weil mächtigere Zuseher es erlauben und sie aneifern, um auf diesem Umwege andere Partner ihres europäischen Spieles zu treffen. Aber sie kann den gefährlich weiter schwelenden Brand im Lande nicht löschen und die von der Bevölkerung dringend

geforderte Ruhe und Ordnung wieder herstellen, im Gegenteil, je drakonischer ihre Gewaltmittel zur Unterdrückung der Gegner werden, desto breiter geht die Saat der Unruhe auf und der Opferwille, sich unter Hingabe der Person auch schwersten Strafen auszuliefern, wird anstatt schwächer immer stärker. Wie zum Hohen leuchten fast allabendlich irgendwo von den Bergen flammende Hakenkreuze, an den unmöglichsten Stellen entfalten sich plötzlich große Fahnen mit dem verpönten Zeichen oder, nur in waghalfigsten Klettereien erreichbar, strahlen in grellem Weiß von Felswänden die Symbole der Bewegung. Niemand schrecken die darauf als Strafe gesetzten fünf, sechs und mehr Monate Gefängnis. Dann krachen wieder Böller — im allgemeinen (und sichtlich geplant) ohne schweren Schaden zu tun, wenn auch Unglücksfälle bedauerlicherweise nicht zu vermeiden waren. Aber auch dafür schrecken die schon mit Jahren bemessenen Strafen nicht. So sind, trotzdem es verhältnismäßig selten gelingt, Täter zu fassen, die Gefängnisse überfüllt und längst ist der moralische Effekt, der Gedanke des Entehrenden einer Gefängnisstrafe, verschwunden, sondern gibt vielmehr in den Kreisen der Aktivisten — nicht nur der Jugend — das Unrecht auf Bewährung. Dazu kommt noch, daß sich die Regierung, übel beraten, auf den Weg des Geiselsystems treiben ließ und ununterbrochen Leute, denen nicht das geringste Vergehen nachzuweisen ist, weil die Täter nicht zu fassen sind, mit Geld- und Gefängnisstrafen und der Verschickung in die berüchtigten „Unhaltelager“ straft, womit natürlich nur Empörung und Haß gezüchtet wird, um so mehr, als die Auswahl vielfach auf Angebereien und niedrigste Gehässigkeiten zurückzuführen ist. Dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung wird damit aber ein unabsehbarer Schaden zugefügt: die amtlichen Aufforderungen zu Denunziationen, die dafür ausgesetzten Geldbelohnungen vergiften ebenso wie die nur wegen „bekannter Gefinnung“ erfolgten Verurteilungen. Wenn auch die Regierung, in der Verteidigung ihres Standpunktes, der immer mächtiger um sich greifenden Bewegung der Unzufriedenheit gegenüber in eine Zwangslage geraten ist, so sieht man aber an den Wirkungen heute schon deutlich, daß es eine gefährliche Sackgasse geworden ist, die nur zu immer weiterer Radikalisierung führt. Dabei mag man „Terroraktionen“ verurteilen — aber es zeigt sich immer deutlicher, daß die gefährlichen, ernststen Anschläge von Gruppen ausgehen, die weit im roten Lager stehen und nun auch ihrerseits zur Offensive schreiten. Es gehört in die Reihe der jetzt so beliebten „Warnungen“, wenn die Regierung in allen Fällen, in denen nicht unleugbare Kommunisten als Täter verhaftet werden können, die Verantwortung grundsätzlich dem „einzigen“ Gegner, den Nationalsozialisten, anlasten läßt. Natürlich wissen die Nationalsozialisten sehr genau, daß sie durch alle von ihnen bis jetzt gebrauchten Mittel den Staat nicht erobern werden, aber nachdem die Regierung jeden Versuch, die Probe der Volksstimmung aufs Exempel zu machen, mit leidenschaftlichster Härte unterdrückt, glauben sie keinen anderen Weg zu besitzen, ihr Vorhandensein und ihren Willen, sich nicht zu beugen, kund zu tun und gleichzeitig die Unmöglichkeit zu erweisen, ihre Bewegung mit Gewalt auszutilgen: und so verschieden die Richtigkeit dieses Weges auch beurteilt wird, die Tatsachen, die er beweisen soll, sprechen eine deutliche Sprache, die auch dem größten Optimisten im Regierungslager zeigen müßte, daß der von der Regierung eingeschlagene Weg bisher nicht zum Ziele geführt hat. Es nützt nichts, wenn sie in ihrer Propaganda das Verbrecherische der gegen ihre Haltung gerichteten Handlungsweise in krassesten Farben heraushebt (die ja leider — bisher wohl unbeabsichtigt — Menschenopfer und Verstümmelungen gefordert hat), und jeden Pakt mit den „Mördern, die das Volk zu Verbrechern erziehen“, zurückweist. Gewinnen kann sie auf diesem Wege die Mehrheit der Bevölkerung nicht, wenn sie sie auch noch immer — und vermeintlich noch längere Zeit — zwingen kann. Aber der Haß, der in diesen Monaten schrecklicher Selbstzerfleischung eines früher gutmütigen, leicht zu behandelnden Volksteiles aufgespeichert wurde, ist für den ruhigen Beobachter, der sich nicht von den Tagesvorgängen in seinem Urteil beirren lassen will, so erschreckend, daß um der Zukunft

willen jeder kleinliche Geist vor dem Wunsche nach Lösung und Beendigung dieses Kampfes zurücktreten muß.

Es wird von den Anhängern der Regierung Dollfuß immer wieder so dargestellt, als habe Österreich durch seine Weigerung des „Anschlusses“ und jeder „Gleichschaltung“ an das Reich und wie man diese Vorgänge eines Mitschwingens des Alpen- und Donaudesultums mit der Entwicklung der anderen deutschen Stämme nennen will, eine „Mission“ übernommen, die der „Rettung des wahren Deutschtums“ gleichzusetzen sei. Niemand, der die Geschichte des deutschen Volkes kennt, wird am Werte dieses „ostmärkischen“ Volksteiles zweifeln oder gar seine Kulturleistungen herabsetzen lassen. Andererseits muß jeder Politiker erkennen, daß die „Gefahr“ des „Anschlusses“ oder der mehr oder weniger gewaltsamen Gleichschaltung Österreichs in der gegenwärtigen außenpolitischen Lage Europas ein Ding der Unmöglichkeit darstellt. Dies muß man auch in der Wiener Regierung wissen, sowie es die Vorgänger am Ballhausplatz, vor allem Dr. Seipel, gewußt hatten, ohne daß sie sich veranlaßt gesehen hätten, in dem damals keineswegs schwächer zu Tage tretenden Willen des Volkes in Österreich, seine engste Verbundenheit mit dem Reiche bei jedem sich bietenden Anlasse zu zeigen, eine „Gefahr“ zu wittern. Aber die Dinge lagen eben doch anders: die Kräfte hatten sich in ihrer Zersplitterung das Gleichgewicht gehalten und es schien unmöglich, daß eine elementare Erhebung, gestützt auf ein in unwägbaren Vorgängen, wie wir sie als Wandlung im Leben von schwergeprüften Völkern kennen, aufbrechendes Klassenbewußtsein, plötzlich das Gesicht Europas ändern könne. Es war Schicksal, daß diese Bewegung im Muttervolk gerade in dem Augenblick zum endlichen Durchbruch kam, als auf der Welle der Europa durchflutenden Abwehr des Materialismus — vom Liberalismus bis zum Bolschewismus — das vatikanische Rom zu neuem Vorstoß, nicht nur in geistiger Hinsicht, sondern als irdische Macht fordernder politischer Katholizismus, ansetzte. Nur aus dieser Wendung europäischer Geschichte heraus ist die Entwicklung der österreichischen Frage des letzten Jahres zu verstehen und der Versuch, auf deutschem Boden den „christlichen Ständestaat“ mit der Mission zu errichten, Hort des neu vordringenden Staatskatholizismus zu werden. Die nationale Bewegung in Österreich, die sich dieser vom Volksgedanken wegführenden, zu übernationalen konfessionellen Bindungen strebenden Idee widersetzte, mußte daher ausgerottet werden und da sie ihrerseits den gleichen Pulsschlag der im Reiche zum Durchbruch gekommenen Bewegung des Nationalsozialismus nach dem Versagen des österreichischen Heimatschutzes, als einer eigenständigen Bewegung, fühlte, war sie mit diesem als „preußisch-protestantisch“ verfehmt. Dieser Grundgedanke mag in der Hitze der Kämpfe zeitweise in den Hintergrund getreten und von anderen näherliegenden Zielen überdeckt worden sein. Wir finden ihn aber eindeutig klar im Sinne der Verfassung vom 1. Mai 1934 niedergelegt, mit der die Regierung Dollfuß nach schwierigen inneren Kämpfen — mit dem durchaus nicht auf gleicher Linie marschierenden Heimatschutz — ihre Stellung zu legalisieren suchte.

Daher mußte aber auch der Heimatschutz, der der Regierung Dollfuß in der ersten Phase ihres Kampfes, in tragischer Verkennung seiner Aufgabe, gegen die nationale Opposition unschätzbare Dienste geleistet hatte, fallen und seines Einflusses beraubt werden. Er war noch unentbehrlich, als es galt, nach der Zerstörung der nationalen Parteiorganisation dem Volke die Notwendigkeit des Preisgebens irgendwelcher „demokratischer“ Mitbestimmung verständlich zu machen und den Kampf gegen Rot in ein entscheidendes Stadium zu treiben. Aber schon in den Februartagen hatte sich im Feuer der Wiener Straßenschlachten erwiesen, daß der Heimatschutz mindestens gleichwertige Konkurrenten an den von der Regierung schon seit vergangenem Herbst mit Macht aufgerüsteten „ostmärkischen Sturmsharen“ und den „Christlichen Turnern“ erhalten hatte, die sich ihr in dem nach der großen Säuberung der Ämter einsetzenden „Stellungsturm“ alsbald weit überlegen zeigten,

weil sie, wie man sich dabei ausdrückte, „weltanschaulich geschlossen“ dastanden. Im Heimatschutz hatten eben noch immer die konfessionell indifferenten, vielfach sogar antikatholisch eingestellten Kräfte ihre Plätze behalten, die nur durch das Versagen ihrer Führer und deren Verrat an den ursprünglichen das Volkstum bejahenden Zielen ins falsche Lager abgerutscht waren.

Mit dieser Verfassung, deren Grundbau, die „Stände“, nach den Erklärungen aus dem Regierungslager, für Jahre noch nicht geschaffen werden können, weil sich darin schließlich doch die wahre Volksmeinung ausdrücken könnte und — „man noch nicht so weit ist“, und deren „christlicher“ Gehalt die Sicherung des politischen Machtanspruches einer Parteigruppe der Christlichsozialen darstellt, soll der Neubau Österreichs vollzogen werden. Aber so sehr man bemüht war, Legalität zu sichern, lastet auf der Einführung der neuen Verfassung doch die Sorge des Öktois, weil es trotz aller Sicherungen, nach Aberkennung der Mandate der aufgelösten Sozialdemokratischen Partei in der Sitzung vom 30. April d. J. des Nationalrates nicht die nach der damals noch geltenden Verfassung von 1920 erforderliche Hälfte der gewählten Abgeordneten zu versammeln vermochte. Die Opposition hatte sich in dieser wichtigsten Frage der Regierung versagt, so daß diese mit nur 67 von 165 Abgeordneten ein Ermächtigungsgesetz beschließen lassen mußte, durch das sie in die Lage versetzt werden sollte, die dem Hause unbekannte neue Verfassung und ein zu jener Zeit noch gar nicht geschaffenes Übergangsgesetz rechtsgültig zu proklamieren. Unter seltsameren Bedingungen ist wohl nie eine Verfassung eingeführt worden, die einen völligen Bruch mit dem bisherigen Staatsleben bedeutete.

Und dabei ist es das Bezeichnende der Lage Österreichs, daß auch die nationale Opposition unbedingt die Abkehr von dem völlig in die Irre gegangenen Parlamentarismus florderte, so daß über den entscheidenden Punkt der Staatsgestaltung durchaus keine Gegensätze bestanden. Nur gelang es der Gruppe der Christlichsozialen Partei, die im alten Parlament mit ihren Mitläufern nie über ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt hatte, nun durch Eroberung der Staatsexekutive jede Mitbestimmung der anderen auch staatstragenden Gruppen auszuschalten und so dem Volke „im Namen Gottes“, wie es am Eingange der Verfassung heißt, eine nur in den Formen gewandelte Parteidiktatur aufzuzwingen, die in schmerzlicher Entwicklung von innen heraus überwunden werden muß, um Österreich wieder Ruhe und gesunde Entwicklung zu sichern.

Wien, den 8. Juli 1934.

Das deutsche Transferratorium und die Schweiz.

Von ***

Deutschland hat den Mächten und der übrigen Welt bekannt gegeben, daß es zufolge seiner katastrophalen Devisennot nicht mehr in der Lage sei, den Auslands-schulden dienst durch Transferierung der fälligen Beträge an Kapital und Zinsen weiterhin aufrechtzuerhalten. Davon wird auch die Dawes- und die Young-Anleihe betroffen, die, an unsern Börsen kotiert und daher auch im schweizerischen Publikum plazierte, bisher eine Transferpriorität vor allen andern, frühern und spätern, privaten und kommerziellen Schulden besaßen.

Die deutsche Erklärung bewirkte zunächst scharfe offizielle Proteste und ebenso eindeutige Pressekritiken vor allem seitens Englands, Frankreichs und Amerikas, also der drei Hauptbeteiligten am Kriege, wiewohl die Zahlungseinstellung in eingeweihten Kreisen längst erwartet war. Den Protesten und Kommentaren werden wohl auch konkrete Vergeltungsmaßnahmen folgen. Man wirft Deutschland vor, es wiederhole auf finanziellem Gebiete die gleichen Manöver, deren es sich durch den Austritt aus dem Völkerbund bereits in der Außenpolitik in analoger Weise bedient habe, nur um ein Druckmittel zu besitzen, von dem es bei kommenden Ver-

handlungen mit den Gläubigern ausgiebigen Gebrauch machen werde. Und der Hinweis Deutschlands auf die klar zu Tage getretene Einschrumpfung seiner Gold- und Devisenreserven und auf die eklatante Passivität seiner Außenhandelsbilanz begegnet man mit der Anklage, es habe die Verschlechterung seiner Lage böswillig herbeigeführt, so wie man ihm jeden seiner Versuche, sein Schicksal aus eigener Kraft besser zu gestalten, als Böswilligkeit auslegt.

Wir können Deutschlands frühere Kriegsgegner nicht hindern, sich zu solchen Auffassungen zu bekennen; doch sollten wir uns hüten, diese zu teilen und gar öffentlich zu ihnen zu stehen. Selbst dann, wenn die gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe objektiv gerechtfertigt wären, selbst wenn also Deutschland die heutige Lage vorsätzlich verschuldet hätte, selbst dann verdient sein Verhalten die Bezeichnung der Böswilligkeit nicht. Der objektiv vorhandene Vorsatz braucht nicht immer subjektiv böswillig zu sein; er war es im Verhalten Deutschlands ganz bestimmt nicht. Die heutige deutsche Regierung, welche man als eine revolutionäre, die sich ihre internationale Salonfähigkeit erst noch erkämpfen muß, für alles Nachteilige der Vergangenheit und der Gegenwart verantwortlich machen will, hat letzten Endes ein Erbe angetreten, dessen gefährlichster Passivposten, die würgende Arbeitslosigkeit, allein geeignet war, einen totalen europäischen Zusammenbruch herbeizuführen. Und dessen Folgen hätten die Wirkungen der heutigen Insolvenzerklärung um ein Vielfaches übertroffen! Daß die deutsche Regierung, um dieser entsetzlichen Arbeitsmarktlage Herr zu werden, unbedenklich zu jedem irgendwie geeigneten Mittel griff, berechtigt uns zum Vorwurfe vorsätzlicher Böswilligkeit ebensowenig, wie wir die Vereinigten Staaten, die in gleicher Lage zu geradezu verwerflichen Mitteln griffen, betrügerischer Manöver bezichtigen.

Mit der Moratoriumserklärung Deutschlands hat eine Entwicklung einen vorläufigen Abschluß gefunden, die im Juli 1931 bereits in ein äußerlich wahrnehmbares akutes Stadium getreten war, ihren Ursprung jedoch direkt und indirekt der Versailler Friedens- und Finanzpolitik verdankt. Heute darf man füglich sagen, es wäre für alle Beteiligten besser gewesen, Deutschland hätte diese aus seiner Zwangslage sich automatisch ergebende Zahlungseinstellung schon vor drei Jahren erklärt. Das hätte zwar ein Ende mit Schrecken schon damals bedeutet, wäre aber dem jahrelangen Dahinsiechen aller vorzuziehen gewesen, zumal die erst jetzt wirksam werdende gänzliche Transferunfähigkeit dem geschwächten Weltwirtschaftskörper heute erst recht unlegen kommen muß.

Aber so wie man bei uns aus innenpolitischen Gründen die längst als dringend notwendig erkannte sofortige Bankensanierung auf einen späteren, vielleicht weniger präjudizierten Zeitpunkt verschoben haben wollte, so begrüßte man aus diesen gleichen Überlegungen die, drei volle Jahre beanspruchende, nur stotternd abgegebene Insolvenzerklärung Deutschlands, um dem Volke den notleidenden Wechsel bloß ratenweise und nicht vollumfänglich präsentieren zu müssen. Und wiederum steht nun das schweizerische Anlagepublikum vor der peinlichen Tatsache, daß es erneut das Opfer seiner Leichtgläubigkeit geworden ist. Aber es dämmert ihm auch die noch peinlichere Erkenntnis, daß es mitgeholfen hat, Kriegsschulden zu zahlen, in die es nicht etwa durch ein hartes Schicksal, sondern durch den Leichtsinns seiner Berater verstrickt worden ist. Es war sträflicher Leichtsinns, sich von der daran interessierten internationalen Hochfinanz in das Abenteuer der Finanzierung des Versailler Friedens hineinlocken zu lassen. Gesah es um der hohen Provisionen willen oder aus purer idealistischer Opferbereitschaft, um dem festgefahrenen Karren internationaler Beziehungen wieder auf ein Geleise zu helfen? In beiden Fällen können sich die Inauguranten nicht exkulpieren. Wenn schon die Nutznießer dieser Finanzierung des Diktatfriedens, die alliierten Mächte, nicht in der Lage gewesen sein sollten, diesen, im Vergleich zu dem imaginären Umfang ihrer Gesamtforderung kleinen Teil der von Deutschland geschuldeten Zahlungen durch Anleihen in ihren

eigenen Ländern selbst und ausschließlich zu finanzieren, umso weniger Veranlassung hatten die neutralen Mächte, diese „Kleinen“ unter den „Großen“, sich auf solche Abenteuer einzulassen; umso mehr Veranlassung hatten sie, diesem Abschiebungsmanöver zu mißtrauen, dem man ja den alleinigen Zweck, das dubiose Guthaben Deutschland andern zuzuschancen, ohne nähere Untersuchung anmerken mußte.

Und statt heute nun unumwunden zuzugeben, daß wir durch die Auflegung und Börsenkotierung der Versailler Diktats-Anleihen zu tatsächlichen Kriegsschuldenzahlern geworden sind, versucht unsere Presse unsere Aufmerksamkeit von dieser Ungeheuerlichkeit abzulenken, indem sie u. a. verkündet: „Am schwersten werden die Vereinigten Staaten, England und Frankreich von dieser Zahlungseinstellung betroffen“; als ob diese Nutznießer einer skandalösen Kriegsschuldenfinanzierung zu bedauern wären, daß sie auch ein wenig davon zurückgeben müssen, was sie durch Übervorteilung von Zufallsbürgen erhalten haben; als ob diese drei Hauptkriegsgegner Deutschlands einen Anspruch darauf hätten, vom Kriegsbefiegten anders als im Umfange von dessen alleiniger Leistungsfähigkeit bezahlt zu werden, und als ob die Grenze dieser Leistungsfähigkeit nicht schon durch den Umstand, daß wir Unbeteiligten bei der Finanzierung mithelfen mußten, restlos evident geworden wäre — als ob wir nach dem allem Veranlassung hätten, dem Verlust der andern nachzutruern und uns damit über unsern eigenen hinwegzutrosten!

Wären unsere Berater, wie es ihre Pflicht war, der Evidenz der genannten Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit bewußt gewesen, dann hätten wir uns nicht kopfüber in ein Abenteuer gestürzt, das uns schweren Schaden bringen und die rasche Liquidation des Krieges hinauszögern mußte. Denn hätten die am Kriege unbeteiligten finanzstarken Mächte gegenüber den Lockrufen der internationalen Hochfinanz hart und konsequent standgehalten und dem selbstverständlichen Dogma gehuldigt, „der Krieg war Cure ureigenste Affäre, der Friede, zumal ein solcher, soll es auch sein“, dann wäre schon dadurch die Ausbeutungsgier der Sieger ganz wesentlich gezügelt worden; und dann hätten die Allesfresser von Versailles bald eingesehen, daß man Deutschland nur gerade das nehmen konnte, was dieses hinsichtlich eines vernünftigen Transfers zu leisten fähig war, und nicht auch noch das, was nur die am Kriege nicht Beteiligten aufbringen konnten. Dann wäre die Zahlungsverpflichtung Deutschlands ganz von selbst auf ein Maß reduziert worden, das, wenn auch nicht erträglicher, so doch nicht grenzenlos unvernünftig und restlos unmoralisch gewesen wäre, und das Deutschland schon früher ermöglicht hätte, sein längst fällig gewesenes „non possumus“ auszusprechen. Aber gerade die „Kommerzialisierung“ der Kriegsschulden, wie die Financiers der alliierten Mächte die Abwälzung der Kriegsschulden auf die Neutralen so überaus rücksichtsvoll bezeichneten, und gegen die Deutschland stets schärfstens opponiert hatte, gerade diese war es, die der finanziellen Auspowerung Deutschlands das Stigma der Heiligkeit international gebundener Verpflichtungen aufdrücken sollte; sie war es, die die Möglichkeit bot, die am Kriege nicht beteiligten Staaten der gegen Deutschlands „mangelnden Zahlungswillen“ kläffenden Meute beizugefellen.

Diese beneidenswerte Rolle ist uns schon deshalb zugefallen, weil unsere Finanz am Wettlauf der internationalen Geschäfte immer in ganz großer Form beteiligt sein wollte; aber auch deshalb, weil wir als zahlungsfähiges Mitglied des Völkerbundes und ganz besonders als dessen Domizilstaat zu sehr mit den Kriegsmächten versippt worden waren, als daß wir uns hätten der Pflichten solcher „Familienhilfe“ lächelnd entledigen dürfen. Aber heute geht es nun nicht an, daß wir uns dem Chor der entrüsteten und sich geprellt fühlenden Kriegsgläubiger anschließen. Schon unsere während des Krieges strikte beobachtete Neutralität hätte uns veranlassen sollen, an diesem zweifelhaften „Friedensgeschäft“ nicht teilzu-

nehmen. Wenn wir aber trotzdem das Bedürfnis fühlen, unserm berechtigten Verdruß über die erneut sichtbar gewordenen gewaltigen Verluste an Nationalvermögen Ausdruck zu geben, dann wollen wir uns doch zuerst an die halten, deren Aufgabe es gewesen wäre, von einer Beteiligung an einer Kriegsschuldenfinanzierung dringend abzuraten und nicht, gleichviel aus welchen Motiven, dazu zu ermuntern. Jedenfalls wollen wir nicht in den Fehler verfallen, den genannten Chor, den wir fatalerweise finanzieren halfen, auch noch durch unsere Stimmen zu subventionieren. Das wäre nicht nur ungerecht und geschmacklos, sondern auch in hohem Maße unserer nationalen Ehre abträglich.

Eine Feststellung im schweizerisch-deutschen Pressekonflikt.

Von Karl Bertheau.

Verschiedene führende Presseorgane der deutschen Schweiz haben durch ihre verantwortungslose Schreibweise und tendenziöse Darstellung der schweizerischen Außenpolitik die Gefahr eines staatlichen Konflikts zwischen der Schweiz und Deutschland heraufbeschworen. Den Lesern dieser Hefte sind diese Tatsachen aus manchen Artikeln, die in den letzten zehn Jahren erschienen sind, zur Genüge bekannt, so daß sich eine neue Aufzählung erübrigt. Obwohl weite Kreise der Schweiz die Ansichten jener Blätter durchaus nicht teilten, gebärdeten sie sich doch in ihrer Überheblichkeit so, als ob sie die schweizerische öffentliche Meinung allein gepachtet hätten. Ja, sie identifizierten sich geradezu mit der Schweiz und taten so, wie wenn jeder Angriff gegen ihre Zeitung die Schweiz als solche berühre. Diese Einstellung trägt nun ihre Früchte. Der Bundesrat sträubte sich lange, den Staat mit den Privatinteressen einzelner Gruppen gleichzusetzen und für ihre Verfechtung staatliche Mittel einzusetzen. Nachdem die betreffenden Zeitungen es aber verstanden hatten, in der letzten Session der Bundesversammlung Fürsprecher ihrer Scharfmacherpolitik zu finden, wurde er an seiner frühern Auffassung offenbar irre.

Samstag, den 7. Juli 1934, verkündigte die Presse die Maßnahmen des Bundesrates gegen deutsche Zeitungen. Es sei dahingestellt, ob diese Maßnahmen notwendig waren. Festgestellt sei lediglich, daß die bewußte Presse frohlockte. Zwei Tage später konnte man erfahren, daß die deutsche Reichsregierung die drei schweizerischen Zeitungen, „die die übelste Heße betrieben haben“, für sechs Monate in Deutschland verboten hat.

Rassandrurufe haben stets das Schicksal, ungehört zu verhallen. Die Warnungen und Befürchtungen, die je und je in den „Monatsheften“ geäußert wurden, sind aber leider in vollem Ausmaß Wirklichkeit geworden. Gewisse Blätter haben Staat gegen Staat aufgeputscht, bis es zu einem staatlichen Konflikt kam. Als staatlicher Konflikt muß nämlich der heutige Zustand betrachtet werden, obwohl er ursprünglich lediglich eine Privatangelegenheit war.

Trotz verschiedener Anzeichen glauben wir nicht, daß die Herbeiführung eines staatlichen Konfliktes die eigentliche Absicht dieser Presse war; zweifellos ist er aber die Folge ihrer Verblendung und ihrer verantwortungslosen Schreibweise. Die Verblendung und Verantwortungslosigkeit liegt darin, daß sie als einflußreiche Macht glaubte, jahrelang einseitig und tendenziös berichten zu dürfen, ohne daß diese Darstellung hüben und drüben auf die Länge einen Eindruck mache. Jetzt, da sich die Gegensätze verschärft und die beidseitigen Regierungen eingemischt haben, ist ihr vielleicht etwelche Einsicht in die Folgen ihres Treibens gekommen. Nachdem die Situation verfuhrwerft ist, muß jetzt der Bundesrat und das gesamte Volk für die Sünden einzelner den Kopf herhalten.

Die Frontgeneration steht nicht im Verdachte, in Defaitismus zu machen. Wir werden die Unabhängigkeit der Schweiz gegen jeden Feind, nötigenfalls auch

mit der Waffe, zu verteidigen wissen. Wichtig ist es aber, heute die Verantwortlichen festzustellen, die uns in solche Abenteuer hineintreiben.

Eine Erinnerung und eine Feststellung.

Am 21. Juni 1921 wandte sich der damalige faschistische Abgeordnete und Chef einer Fraktion von erst 35 Mann, Benito Mussolini, in der italienischen Kammer bei seinem ersten Auftreten und der Programmklärung für seine Gruppe mit scharfen Worten gegen die „Germanisierung des Tessins“. Er erklärte nach dem Bericht des „Secolo“ folgendes:

„In der Thronrede habt ihr den Monarchen sagen lassen, daß Italien überall seine Alpengrenze erreicht habe. Ich bestreite die geographische und politische Genauigkeit dieser Behauptung. Unmittelbar nördlich von Mailand ist diese Grenze nicht erreicht. Eine Stunde nördlich von Mailand hat die deutsche Durchdringung, die schon vor und während des Krieges begann, stärker denn je eingesezt. Der entartete und verdeutschte Kanton Tessin kann die Ursache zu schweren Besorgnissen für die Sicherheit der Lombardei und ganz Norditaliens werden. Unser Volk ist schon gewarnt worden durch die Jungtessiner, an die die bekannte Botschaft d'Annunzios gerichtet war. Der Gotthard als die natürliche und sichere Grenze Italiens ist eine Vorposten-aspiration.“

Es gab darauf in der Schweiz einen wahren Sturm des Protests, und so sah sich der damalige italienische Ministerpräsident Giolitti veranlaßt, eine Woche darauf einige beruhigende Worte zu sprechen. Nach einer der damals seit Jahren üblichen heftigen Zeitungsfehden Italien-Schweiz wuchs dann über diesen Vorgang Gras. In der Schweiz aber hatten diejenigen Leute, die etwas merken wollten, nun gemerkt, daß der Führer des neuen italienischen Nationalismus faschistischen Gepräges von den Ideen des alten italienischen Irredentismus durchaus durchdrungen war und daß dieser Mailänder Abgeordnete Mussolini auch gewillt war, diese Ideen mit allen ihre Folgerungen gegenüber der Schweiz zu vertreten.

Ziemlich genau 13 Jahre später, in den jüngst vergangenen Junitagen, brachte das Regierungsorgan des faschistischen Diktators in Italien, der „Popolo d'Italia“, an der Stelle, wo Mussolini seine Ideen kundzugeben pflegt, einen Aufsatz, der ziemlich dieselben Gedanken wiederholte und von neuem erklärte, daß Italien der tatsächlich im Gange befindlichen Germanisierung des Tessins nicht ruhig zusehen könne. Ob dieser Aufsatz von Mussolini selbst stammt, sei dahingestellt; auf jeden Fall erscheint im „Popolo d'Italia“ nichts, was Mussolini nicht dort haben will. Er ist also sicher mit dieser Wiederholung seiner Gedanken von 1921 durchaus einverstanden. Das zeigt auch schon die Haltung der übrigen italienischen Presse, die dieses Thema ruhig weiterspinnst, trotz der Proteste in der Schweiz; das könnte sie auf keinen Fall tun, wenn Rom nicht einverstanden wäre.

Es ist völlig unklar, was zu diesen irredentischen Angriffen auf die Schweiz gerade jetzt Veranlassung gegeben hat. Wahrscheinlich ist irgend eine entstellte Tatsache Mussolini vorgetragen worden, und er ist deswegen auf seine früheren Gedanken zurückgekommen. Aber das Warum und das Wie ist schließlich gleichgültig; die einzige für die Schweiz wichtige Tatsache ist die, daß heute wiederum von der maßgebenden Stelle in Italien der Irredentismus vertreten wird. Wir wissen also, daß alle die scheinbare Beruhigung im schweizerisch-italienischen Verhältnis, die wir die letzten Jahre hindurch mit Befriedigung festgestellt haben, durchaus trügerisch war. In Wirklichkeit lebt die irredentistische Hoffnung auf den Tessin in Italien und vor allem bei seinen verantwortlichen Leuten ruhig weiter

fort, wenn auch die taktische Klugheit veranlaßt hat, davon lange nicht zu sprechen. Von Zeit zu Zeit aber verrät sich die wirkliche Denkweise doch durch einen unerwarteten Ausfall gegenüber der Schweiz.

Nach dieser neuesten Erfahrung weiß man also in der Schweiz, was man im Süden zu erwarten hat und kann sich darnach einrichten. Das mußte hier festgenagelt werden!

Bücher Rundschau

Österreich.

Hermann Raschhofer: Großdeutsch oder Kleinösterreichisch? Die Funktion der Kleinösterreichischen Ideologie. Berlin 1933, Volk und Reich Verlag. Mittel-europäische Schriftenreihe, Band 2.

Durch die nationalsozialistische Revolution in Deutschland ist auch die österreichische Frage in ein neues Stadium getreten. War von Ende 1918 bis Anfang 1933 sozusagen ganz Österreich für den Anschluß an das Reich, so lief jetzt plötzlich die kleine Schar der Anschlußgegner Sturm und forderte Österreichs Unabhängigkeit, entdeckte den österreichischen Menschen, eine österreichische Nation und predigte eine österreichische Mission. Raschhofer geht in seinen Darlegungen aus vom Ursprung und Sinn der österreichischen Selbständigkeit, die scheinbar in weiten Kreisen in Vergessenheit geraten sind. Der heutige Bundesstaat Österreich verdankt seine Existenz gegen seinen Willen der Pariser Friedenskonferenz. Nach der Zerschlagung der alten Donau-Doppelmonarchie der Habsburger wurde das deutsche Rumpfgelände, das vom einstigen Kaiserreich noch übrig blieb, zur Selbständigkeit gezwungen. Kein Mensch hat sich auf der Friedenskonferenz um Wohl oder Willen der Österreicher gekümmert. Das Schicksal Österreichs hat keine Rolle gespielt. Ausschlaggebend waren allein die Machtinteressen der Siegerstaaten, vor allem Frankreichs. Und diese Interessen Frankreichs verlangten die Verhinderung eines Anschlusses von Deutschösterreich an das deutsche Reich, weil ein solcher Anschluß das deutsche Reich gestärkt und eine deutsche Politik im Donauraum wesentlich erleichtert hätte. Deshalb wurde sowohl Deutschland als auch Österreich in den Verträgen von Versailles und St. Germain der Verzicht auf den Anschluß aufgezwungen. Das vielgepriesene

Selbstbestimmungsrecht der Völker kam, weil den Machtinteressen Frankreichs zuwiderlaufend, nicht in Anwendung. Denn Österreich wollte gar keine Selbständigkeit, sondern nur die Vereinigung mit dem durch Geschichte und Tradition eng verbundenen Deutschland, das Aufgehen in einem Großdeutschland. Am 12. November 1918 beschloß die Nationalversammlung Deutschösterreichs einstimmig als Artikel 2 der Verfassung: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.“ Im Jahre 1921 wurden in den Bundesländern Abstimmungen über die Anschlußfrage durchgeführt. In Tirol sprachen sich 98,6% aller abgegebenen Stimmen für den Anschluß aus, in Salzburg 99%. Weitere Abstimmungen wurden durch die Entente untersagt. Männer aller Parteien haben je und je sich für den Anschluß bekannt und die wirtschaftlichen Verbände haben ihn dringend gefordert, weil Österreichs Wirtschaft auf Deutschland angewiesen ist.

Der Umschwung in der Haltung Österreichs ist umso seltsamer, als selbst Dollfuß früher für den Anschluß kämpfte und Starhemberg für ihn eintrat. Was früher Zwangsjacke war und wider Willen ertragen wurde, sollte plötzlich einen Sinn erhalten durch die kleinösterreichische Mission, und was einst als nationale Aufgabe jeden erfüllte, sollte plötzlich Landesverrat sein, weil Deutschland inzwischen den politischen Föderalismus und Separatismus überwunden hatte und den durch Bismarck begonnenen Reichsbau vollendet hatte. Raschhofer widmet ein besonderes Kapitel dem Föderalismus Bismarcks, der nicht Endziel sein sollte, sondern nach den Gedanken seines Schöpfers Übergang zur geeinten Nation und der nur solange einen Sinn hatte, als der Schwerpunkt